

## Die Aufgaben der Bewegung(en) gegen den Sozialabbau

Die kühle Abfuhr von führenden Gewerkschaftsvertretern, darunter auch DGB-Vorsitzender Michael Sommer bei Bundeskanzler Schröder (SPD)<sup>1</sup> dürfte noch einmal mehr deutlich gemacht haben, dass sich die z.Zt. für den europaweiten Aktionstag am 3.4. formierende soziale Bewegung gegen die neoliberale „Agenda 2010“ nicht darauf beschränken darf, der politischen Klasse mit Androhung von außerparlamentarischem Protest Konzessionen abtrotzen zu wollen.

Dabei reicht gerade bei den DGB-Gewerkschaften das Spektrum von offener Drohung (Bsirske, ver.di) bis lediglich zur Ablehnung einzelner Aspekte der „Agenda 2010“ (Schmoll, IG BCE) wie der Praxisgebühr im Gesundheitswesen und der Forderung nach Rücknahme von Kürzungen bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. Besonders ärgerlich ist es, wenn sich Gewerkschaftsführer aus verstandener Zurückhaltung dazu hinreißen lassen, mit der Ausbildungsumlage eine Forderung in die Kanzlergespräche hineinzutragen, die in der SPD längst Beschlusslage ist.

Da die Umlage (zwar als „Beruhigungsspielle“ für die demotivierte SPD-Basis<sup>2</sup>, aber dennoch) genauso wie die vom Bundesverfassungsgericht aufgenötigte Reform der Erbschaftsbesteuerung ohnehin Teil der offiziellen Regierungslinie sind, macht es kaum Sinn, sich diese Forderung oben auf die Fahne zu schreiben und darüber zu vernachlässigen, dass die Gewerkschaften in der veröffentlichten Darstellung meistens als im Rückzugsgefecht befindlich dargestellt werden.

Solche Aktionen sind ganz und gar kontraproduktiv und eher dazu geeignet, die im Hinblick auf den 3.4. sich aktivierende Bewegung gegen Sozialabbau an wichtigen Punkten auszubremsen, um in Angesicht der herrschenden politischen Verhältnisse nicht das Etikett der „Verhandlungsfähigkeit“ mit der Regierung einzubüßen.

In diesem Zusammenhang sind auch der versuchte Aufstand von etablierten DGB- und attac-Funktionären bei der Aktionskonferenz in Frankfurt a.M. vom 17./18.1. gegen die „Streik-Formulierung“<sup>3</sup> und Michael Sommers Anbiederung an die SPD in Form eines Artikels der Dezember-Ausgabe des „Vorwärts“<sup>4</sup> (SPD-Mitgliederzeitung) zu interpretieren. Der Verhandlungstisch, so könnte man es plump ausdrücken, erscheint manchen KollegInnen insbesondere der höheren Etagen weiterhin attraktiver bzw. effektiver als die Straße.

Hier soll nicht so getan werden, als sei der Straßenprotest das alleinige Heilmittel gegen neoliberalen Sozialabbau. Es wird durchaus zur Kenntnis genommen, dass auch die sich wesentlich kämpferischer gebenden ArbeiterInnen aus Frankreich, Spanien und Italien ihren jeweiligen Regierungen bestenfalls einige Konzessionen, den Cliquen um Raffarin, Aznar und Berlusconi aber sicherlich keinen Kurswechsel hin zu sozialer, geschweige denn sozialistischer Politik haben abtrotzen können. Bezeichnend ist jedoch, dass zwischen den Erwerbstätigen an der Basis und der Führungselite in den Gewerkschaftsapparaten grundlegende Differenzen

---

<sup>1</sup> „Schröders Hiwis - DGB-Spitze ließ sich im Kanzleramt vorführen“, junge Welt, 3.3.2004.

<sup>2</sup> „SPD stellt Eckpunkte für Ausbildungsabgabe vor“, Financial Times Deutschland, 7.11.2003

<sup>3</sup> „Reizwort Streik - Konferenz gegen Sozialabbau gelangte trotz Streit zu Ergebnissen“, junge Welt, 20.1.2004.

<sup>4</sup> Sommer, Michael, „Gute Signale“, in: „Vorwärts“, 1.12.2003.

weltanschaulicher Art bestehen, die sich v.a. aus unterschiedlichen Erfahrungshorizonten ergeben. So fühlt sich ein immer größer werdender Teil der ArbeiterInnen gerade in der Bundesrepublik von der politischen Klasse betrogen und grundsätzlich nicht mehr vertreten, wodurch die vielerorts erkennbare Resignation und Abstinenz der Menschen von Parlamentswahlen erklärbar ist. Anders als bei den Protesten gegen die Kohlregierung 1996 ist z.Zt. im etablierten Spektrum keine (parteipolitische) Alternative zu Schröder & Co. sichtbar, die durch stärker werdenden Zuspruch in der Bevölkerung Druck auf die Regierungsparteien auszuüben in der Lage wäre.

Die sich formierenden Initiativen „für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ in Bayern bzw. die sog. „Wahlalternative“ um Joachim Bischoff und andere Ökonomen der „Memorandum“-Gruppe<sup>5</sup> haben zu allererst die Funktion, der SPD Angst zu machen – wie konkret ihre Bestrebungen tatsächlich noch werden, ist im Moment noch nicht zu sagen.

Aber weil diese Gruppen bisher nur phantomartig in der politischen Diskussion auftauchen, verkommen – das zeigen die allwöchentlichen Sonntagsfragen und die Bürgerschaftswahl in Hamburg<sup>6</sup> - Abstimmungen über Parlamentsmehrheiten zu reinen Strafinstrumenten gegen die Bundesregierung bzw. zu stark personalisierten Schaukämpfen ohne substantielle inhaltliche Debatte, wobei in beiden Fällen ein Großteil der WählerInnen gefrustet oder desinteressiert zuhause bleibt<sup>7</sup>. Es besteht durchaus die Gefahr, dass bei weiterhin sinkender Wahlbeteiligung und grassierender politischer Orientierungslosigkeit ganzer „Milieus“ die Profiteure dieser „prä-säkularen“ Krise des Kapitalismus aus dem rechtspopulistischen Spektrum kommen werden. Hier hat die Bewegung gegen den Sozialabbau und haben insbesondere die Gewerkschaften mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Personal und Ressourcen die Aufgabe, aufkeimenden rassistischen und antisemitischen Tendenzen Widerstand zu leisten.

Ein äußerst positiver Aspekt des 3.4. liegt sicherlich darin, dass nicht nur dem DGB, der nicht als klassenkämpferische Organisation bekannt ist, die Kooperation mit den nicht-bürokratischen Bewegungen (gerade als Resultat des 1.11. in Berlin) aufgenötigt werden konnte, sondern noch positiver stimmt die internationalistische Ausrichtung der Veranstaltung – im besten Falle werden am 3.4. in den meisten Ländern Europas viele Millionen Menschen auf der Straße ihren Unmut über sozialen Kahlschlag ausdrücken. Vielleicht bisher unterschätzt wurde bei der Diskussion um die überall herrschende neoliberale Politik bisher, dass der durch konkrete politische Entscheidungen sinkende Lebensstandard den Menschen in den unterschiedlichen Ländern stets damit begründet wurde, dass dieser aufgrund der durch die Globalisierung bedingten verschärften Konkurrenzsituation nicht mehr finanzierbar sei. Diese allzu offensichtliche Propagandalüge, die die politisch gewollte, strukturell gefestigte, aber keineswegs unveränderbare Natur von arbeitnehmerfeindlicher Politik verschweigt, verliert doch gerade zunehmend ihre Anziehungs- und Überzeugungskraft, wenn die gleichzeitigen Proteste von Franzosen, Deutschen, Italienern oder Ungarn zeigen, dass dieselben falschen Argumente auf

---

<sup>5</sup> siehe u.a. „SPD ringt mit sich“, Frankfurter Rundschau, 20.03.2004, sowie im Internet unter [www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de) und [www.initiative-asg.de](http://www.initiative-asg.de) .

<sup>6</sup> „Hamburg folgte Springer“, junge Welt, 02.03.2004.

<sup>7</sup> Hieran wird auch deutlich, dass die Forderung nach einem Generalstreik wenig Erfolg versprechend, weil beim gegenwärtigen Stand der Politisierung in der Bevölkerung realitätsfremd ist.

unterschiedliche Volkswirtschaften projiziert werden, allerdings immer mehr auf Widerstand stoßen. So kann der Protest gegen den Sozialabbau, wenn als internationalistisches Unterfangen verstanden und durchgeführt, gleich mehrere Funktionen erfüllen:

- Erstens wird den bisher angesichts der sich verstärkenden Sozialkalkülschlagspolitik passiv oder resignativ denkenden Menschen verdeutlicht, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine stehen und durchaus Menschen bereit sind, ihre Anliegen politisch zu formulieren und zu vertreten.
- Zweitens wird anhand der internationalen Wesensart des Protests klar, dass Menschen in Polen, Spanien oder anderswo eben nicht als Konkurrenz oder Bedrohung für sie selbst verstanden werden müssen, sondern mit ähnlichen politischen Grausamkeiten gestraft wurden und werden. „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Staaten, sondern zwischen den Klassen“ ist in diesem Sinne ein Slogan von bedeutender Aktualität.
- Drittens kann und sollte der Protest auch deutlich machen, dass die bestehenden politischen Strukturen der post-fordistischen Ära mit ihrer Verinstitutionalisierung von neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik (und betrachtet man den EU-Verfassungsprozess, auch von militärischer Sicherheitsstrategie) kaum mehr eine Volksvertretung im „herkömmlichen“ parlamentarisch-bürgerlichen Sinne mehr anbieten können. Insofern ist die Rückgewinnung von Alltagshegemonie wichtiger als Prozentpunkte linker Parteien bei nationalen und europäischen Parlamentswahlen, auch wenn diese natürlich nicht außer Acht zu lassen sind.

Wichtiger als diese sollte aber für die Bewegung, oder vielmehr für die Bewegungen sein, den Bruch zwischen der politischen Klasse und ihrem an der Realität vorbeigehenden Diskurs und den Menschen, die mit den Folgen ihrer Politik konfrontiert sind, deutlich zu machen; so, wie auch bereits bei den Protesten gegen den Irak-Krieg im vergangenen Jahr deutlich wurde, dass die Propaganda- und Lügenmaschinerie von Bush & Blair vor, während und nach dem völkerrechtswidrigen Feldzug bei den Bevölkerungen keine Wirkung entfalten konnte.

Ich habe bewusst soeben von „Bewegungen“ im Plural gesprochen, weil (wie zuvor am Beispiel der dt. Gewerkschaften illustriert) die Menschen, die gegen Sozialabbau demonstrieren natürlich keinen einheitlichen Block darstellen – und das ist auch gut so, um mit Klaus Wowereit zu sprechen. Zunächst werden vielleicht bestimmte Gruppen wie RentnerInnen oder Arbeitslose, die auf Sozialleistungen des „Rheinischen Kapitalismus“ angewiesen sind, aus reiner „Besitzstandswahrung“ protestieren, ohne selbst im gemeinsamen Protest mit anderen Gruppen Grundlagen für emanzipatorische Politik zu jenseits des nationalstaatlich orientierten, keynesianischen Nachkriegsmodells zu erkennen.

Ein nicht zu unterschätzender Teil der DemonstrantInnen wird sicherlich auch nicht aus antikapitalistischer, sondern aus wohlfahrtsstaatlicher Sicht mit Bezug auf Leitfiguren wie Oskar Lafontaine, Heiner Geißler oder Friedhelm Hengsbach auf die Straße gehen und wie es heute oft heißt, „verkürzte Kapitalismuskritik“ praktizieren.

Obwohl diese – im Prinzip sozial konservative – Sichtweise von Linken hoffentlich nicht imitiert wird, so sollten diese Menschen trotzdem Ernst genommen und nicht mit Verweis auf die eigene, weil sozialistische oder revolutionäre programmatische Überlegenheit als untergeordnet angesehen oder ausgegrenzt werden.

Die Analyse der Zustände der Menschen, die diesen Gruppen angehören greift natürlich in der Tat zu kurz. Oft wird, gerade aus der Ecke von Wohlfahrtsverbänden oder politisch weniger gebildeten Akteuren die These aufgestellt, dass „die da oben“ (häufig mit Verweis auf die in der Tat horrenden, mit diversen Nebentätigkeiten aufgebesserten Abgeordnetendiäten), weil sie dumm, böse oder einfach zu lange im Amt seien, dem „kleinen Mann“ das Geld aus der Tasche ziehen, und dass doch unser guter alter Sozialstaat bei netteren oder fähigeren politischen Würdenträgern nicht demontiert würde. Doch blendet diese Sichtweise völlig aus, dass der Sozialstaat, und im Wesentlichen auch nur dessen Ausprägung in den kapitalistischen Industriestaaten („Metropolen“) Ergebnis eines historischen Prozesses und zum großen Teil einer Situation nach dem 2. Weltkrieg im Angesicht bestimmter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse gewesen ist, die heute – ebenso wie viele seiner ökonomischen Grundlagen – nicht mehr existieren, sei es die Systemkonkurrenz, die der Politik im „Westen“ eine erkennbare soziale Komponente aufzwang oder die damit zusammenhängende, im „Goldenen Zeitalter“ kaum infrage gestellte keynesianische Hegemonie<sup>8</sup>.

Allein mit missionarischem Eifer und sicherlich nicht „von oben herab“ werden sich die Anhänger dieses vermeintlich „Goldenen Zeitalters“ nicht von dieser Linie abbringen lassen, weil sie auch – wie insbesondere die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form – und ihre Handlungskonzepte Produkte dieser historischen Periode sind. Tatsache ist: Eine Gewerkschaft, die am besten funktioniert (z.B. hohe Lohnforderungen in einer Tarifrunde stellen kann), wenn Vollbeschäftigung herrscht, ist oft als bürokratischer Apparat kaum auf den komplexen Kampf um ideologische Vorherrschaft ausgerichtet und strukturell auf ihr nahe stehende, parlamentarisch agierende Partner angewiesen. Noch ist allerdings bei den meisten KollegInnen nicht angekommen, dass wir uns für die bevorstehenden Kämpfe verändern müssen. Der Schritt von der Kritik an einer bestimmten Spielart des Kapitalismus („Turbo“, „Casino“, oder „Raubtierkapitalismus“) hin zur Kritik an der Logik des Profits und dem Charakter der Erwerbsarbeit insgesamt ist eben keiner, den man von heute auf morgen vollzieht, sondern er erwächst zu einem nicht geringen Teil auch und gerade von der weltanschaulichen Loslösung von der eigenen Lebensrealität im Kapitalismus. Gewissermaßen verlang ein Sozialist, dem der Gewerkschafter nicht radikal genug ist, von diesem einen „Blick über den Tellerrand“, obwohl der Gewerkschafter immer noch glaubt, auf einem flachen Teller ohne Ränder zu stehen.

Wenig Erfolg versprechend also, es „besser zu wissen“ und den anderen bekehren zu müssen meinen. Wie aber will man dann die Bewegung(en) davon abhalten, in die Falle eines vermeintlichen Erfolges zu tappen, wenn Regierungen die Bewegung(en) durch Konzessionen wie Rücknahme einzelner „Härten“ (Praxisgebühr, Kürzung der Renten usw.) abzuschwächen versuchen? Auch die Abwahl von rechten Regierungen zugunsten linker Bündnisse wird noch keine gerechtere Gesellschaft bringen, denn was in Chile 1973 Henry Kissinger noch mittels brutaler diktatorischer Gewalt beseitigen musste, wird heute völlig legal von

---

<sup>8</sup> Vgl. Conert, Hansgeorg, „Neoliberalismus und Weltmarkt“, in: Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“ 10/2003.

IWF, WTO oder Maastricht-Kriterien strukturell, und ohne einen Schuss abzufeuern ausgebremst, wie auch das Beispiel Lula in Brasilien eindrucksvoll zeigt.

Die Bewegungen wären also gut beraten, aus ihren Kämpfen heraus die Strukturen selbst in Frage zu stellen, auf denen die kapitalistische Herrschaft beruht und aus deren Verschärfung sich neoliberale Politik ableitet. Wenn also dem Ruf nach existenzsichernden Grundgehalt für alle Menschen unabhängig von Erwerbsarbeit von herrschender Seite mit dem Argument begegnet wird, dies sei nicht bezahlbar, dann soll erwidert werden: „Es braucht auch nicht in Eurem Sinne bezahlbar zu sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der kein Mensch für seine Existenz auf die Erwirtschaftung von Profit angewiesen ist“. Im Hinblick auf eine „Gesundheitsreform“, bei der faktisch die Aufrechterhaltung von Privilegien einiger Funktionseleiten wie Ärztekartelle, Pharmakonzerne usw. wichtiger ist als Menschenleben werden auch solche „radikalen Forderungen“ nicht mehr als naiv, dumm oder utopisch erscheinen, denn stets gilt auch: Die Gesellschaft und das sie durchdringende Wirtschaftssystem sind von Menschen gemacht, und sie können auch von Menschen wieder geändert werden. Hier liegt der gemeinsame Nenner von GewerkschafterInnen, MarxistInnen, attac-AktivistInnen, Wohlfahrtsverbänden und FeministInnen.

Wenn der Protest sich nicht in der Demonstration auf der Straße und dem hoffentlich irgendwann folgenden Streik erschöpft, sondern sich in der Infragestellung der Hegemonie des Profits fortsetzt, stellt er die Keimzelle einer neuen Gesellschaft dar, die keinen Profit mehr braucht.

**Alban Werner**